

# FRIEDENS JOURNAL

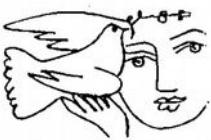


## Rechtsentwicklung, Feindbilder und Rassismus stoppen!



Foto: Pegida-Demonstration in Dresden am 25.1.2015, Quelle: Wikipedia

- NATO: Nur denkbar mit alten und neuen Feindbildern
- Feindbild Russland
- „Alternative für Deutschland“ (k)eine Frage des Friedens
- Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“
- Israelische Politik und Gesellschaft driften nach rechts
- Die Kriegsgefahr in Europa ist größer geworden



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Juli - August 2016/Nr. **4**

Inhalt

SCHWERPUNKT

NATO: Nur denkbar mit alten und neuen Feindbildern	3
Feindbild Russland	5
„Alternative für Deutschland“ - (keine) Frage des Friedens	8
Israelische Politik und Gesellschaft driften nach rechts	12

INTERVIEW

Aufstehen gegen Rassismus	10
---------------------------	----

FRIEDENSBEWEGUNG

Die Kriegsgefahr in Europa ist größer geworden	14
--	----

RUBRIKEN

Rechtsruck durch TTIP, Agenda 2010 und Kriegseinsätze	9
Was ist „Aufstehen gegen Rassismus“?	11
Palästinensische Kinder in Israelischen Gefängnissen	13
Aufruf zum bundesweiten Aktionstag am 8.10.	16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	4.7.2016
Die nächste Ausgabe erscheint am:	9.9.2016

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:  
[www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal](http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal)

ISSN 2193-9233

**Herausgeber:**  
 Bundesausschuss Friedensratschlag  
 Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

**Redaktion:**  
 Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,  
 Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-  
 Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,  
 V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

**Redaktionsanschrift:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
 Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
 60329 Frankfurt am Main,  
 Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951  
 e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@gmx.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@gmx.de)

**Kontoverbindung:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 Frankfurter Sparkasse  
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
 BIC: HELADEF1822



soeben neu erschienen:  
 Das Buch zum Friedensratschlag 2015:  
 Wege aus der Kriegslöge – Für eine neue Friedenspolitik  
 Lühr Henken (Hrsg.), Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Verlag Winfried Jenior  
 260 Seiten, kartoniert, Preis 15,00 €, ISBN 978-3-95978-045-2  
 Infos dazu auch auf [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

Rechtsentwicklung, Feindbilder und Rassismus stoppen

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen und Monaten hat sich die Beschwörung einer russischen Bedrohung durch die Nato geradezu zur Kriegshysterie gesteigert, so dass sich inzwischen auch Außenminister Steinmeier genötigt sah, hierzu auf Distanz zu gehen.

Beschworen wird eine Bedrohung, die auf Reflexe aus der Zeit des Kalten Krieges anspricht, d.h. Russland ist zwar nicht vergleichbar mit der früheren Sowjetunion, taugt aber zur Aktivierung alter Feindbilder, die mit dem Ende des Kalten Krieges eigentlich abhanden gekommen waren.

Das zweite Feindbild, das seitdem mit zunehmender Tendenz entwickelt wird, ist der Islam, in einer propagandistischen Vermischung mit einem diffusen, undefinierten Terrorismusbegriff. Letzteres spielt für die NATO mal mehr, mal weniger eine Rolle. Unabhängig davon erlebt aber das Feindbild Islam einen rasanten Aufstieg als Vehikel für Rechtspopulisten. Rechtspopulistische Parteien wie die AfD sind kein deutsches Problem, sondern diese sind europaweit auf dem Vormarsch.

Der Beitrag von Manfred Sohn beschäftigt sich sowohl mit historisch vorbelasteten Akteuren dieser Partei ("Stahlhelm"-Fraktion der CDU) wie auch mit der militaristischen Programmatik. Insbesondere geht es in seinem Beitrag aber auch um das Phänomen Rechtspopulismus als Ausfluss der globalen kapitalistischen Krise.

Gegen Rechtspopulismus, wie er mit Pegida und deren Ableger in anderen Städten, sowie dem parlamentarischen Anwachsen der AfD in Erscheinung tritt, hat sich eine breite Bewegung "Aufstehen gegen Rassismus" gebildet, die bereits mit durchgeführten Aktionen (Menschenkette am 19.6. in mehreren deutschen Städten) in Erscheinung getreten ist und weitere Aktionen plant. Wir haben dazu Uwe Hirsch, einen führenden Aktivisten dieser Bewegung, nach den inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Perspektiven befragt.

Im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rassismus wird oft im selben Atemzug der Antisemitismus genannt. Letzterer spielt aber bei Rechtspopulisten meistens nur eine eher geringe Rolle und tritt eher in subtiler Form auf. Dennoch wird die immer noch notwendige Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland als Vorwand genommen, um Kritik an der Politik Israels zu unterbinden. Dabei müsste gerade der historischen Hintergrund Deutschlands mit der rassistischen Behandlung der Juden in der Nazizeit für uns als Weckruf dienen, um die Rechtsentwicklung von israelischer Politik und Gesellschaft in ihrer historischen Parallele (!) wahrzunehmen. Im Beitrag von Annette Groth wird das ganze Ausmaß der rassistischen Entwicklungen in Israel dargestellt.

Die Warnungen vor einer erhöhten Kriegsgefahr in Europa beschäftigen nicht nur Albrecht Müller, dessen Rede anlässlich der sehr erfolgreichen Aktionstage „Stopp Ramstein“ wir auszugsweise abgedruckt haben. Albrecht Müller, früherer Planungschef im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt ist nur einer in der immer länger werden Liste prominenter Politiker, die vor der brandgefährlichen Eskalationspolitik der Nato warnen. Zu diesen gehören mittlerweile auch frühere Militärs wie Harald Kujat, der von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses war.

Auf der letzten Seite haben wir den jetzt beschlossenen kompletten Aufruf für den bundesweiten Aktionstag am 8.10. mit einer zentralen Demo in Berlin abgedruckt. Dazu müssen wir in den nächsten Monaten möglichst viele Menschen mobilisieren. Gründe dafür gibt es mehr als genug. Vor allem das (bei Redaktionsschluss noch nicht offiziell veröffentlichte) neue Bundeswehr-Weißbuch gibt eine strategische Weichenstellung auf mehr Kriege und deutsche Dominanz weltweit vor, die unseren massenhaften Protest herausfordert.

Die Redaktion

# Die NATO: Nur denkbar mit alten und neuen Feindbildern

von Werner Ruf, emer. Professor für Internationale Politik, Edermünde

## 40 Jahre: NATO-Feindbild Kommunismus

War die NATO wirklich das westliche Verteidigungsbündnis gegen die kommunistische Bedrohung? Als sie 1949 gegründet wurde, stellte die Sowjetunion keine militärische Bedrohung für den Westen dar: Zu sehr war sie noch beschädigt durch die Verwüstungen, die der Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands hinterlassen hatte. Die Systemrivalität, die sich gleich nach Ende des Zweiten Weltkriegs herausbildete, resultierte aus dem Gegensatz zweier wirtschaftlich und politisch antagonistischer Systeme. Er nahm zum Anlass den möglicherweise wachsenden Einfluss der Sowjetunion in Griechenland, der Türkei und auf dem Balkan, wo antifaschistische Kräfte, die aus dem Widerstand gegen die deutsche Besatzung hervorgegangen waren, zunehmend an Einfluss gewonnen hatten.

Entscheidender noch als die sowjetische Bedrohung mag die militärische Absicherung des unter kapitalistischen Vorzeichen vollzogenen Wiederaufbaus Westeuropas gewesen sein, wo damals in Frankreich und vor allem in Italien starke kommunistische Parteien existierten, deren Regierungsübernahme in demokratischen Wahlen nicht ausgeschlossen werden konnte. Als ideologischer Kitt diente das tradierte Feindbild vom aggressiven und expansiven Kommunismus, der vor allem in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland von Konrad Adenauer und den in seine Regierung übernommenen Alt-Nazis befördert wurde. Erst der Beitritt der BRD zur NATO (1955) bewirkte die Gründung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und damit die Konfrontation zweier militärisch hoch gerüsteter Blöcke. Das so entstandene bipolare System bestimmte für ca. vierzig Jahre die Weltpolitik – bis schließlich der so genannte Realsozialismus implodierte und die WVO sich auflöste: Feind und Feindbild waren schlagartig verschwunden.

Schon unmittelbar nach Ende des Ost-West-Konflikts gelang es im Wes-

ten, das neue Feindbild Islam als kollektive Bedrohung zu etablieren.

## Islam: Instrumentalisierung nach wechselnden Bedarf

Wäre die NATO, wie vierzig Jahre lang behauptet, nur das Militärbündnis zur Verteidigung gegen die östliche Bedrohung gewesen, hätte sie sich 1991 ebenfalls auflösen müssen. Für den Fortbestand des Bündnisses mussten nun jedoch neue Begründungen gefunden werden. Die westlichen Think-Tanks entdeckten sie in „Neuen Risiken“: Ökologischen Bedrohungen, internationaler Kriminalität, Migration und – vor allem – Terrorismus und religiösem Fanatismus. Die Bekämpfung dieser „Risiken“ dient zugleich als Vorwand für den seither konsequent vorangetriebenen globalen Interventionsanspruch des Bündnisses. Auch die um die DDR erweiterte Bundesrepublik Deutschland meldete zu jenem Zeitpunkt ihre weltweiten Interessen an: In den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 26. Nov. 1992 definierte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle die Sicherung der weltweiten Transportwege als sicherheitspolitische Aufgabe Deutschlands.

Schon während des Ost-West-Konflikts war der Islam instrumentalisiert worden als wichtige ideologische Gegenkraft gegen den „atheistischen Kommunismus“. Islamistische Bewegungen wurden gefördert als Opposition gegen die Sowjetunion oder aber als innenpolitische Gegenbewegungen gegen Regime, die gute Beziehungen zur Sowjetunion pflegten und einen mehr oder weniger an sozialistischen Modellen orientierten Umgestaltungsprozess ihrer eigenen Gesellschaften betrieben. Dies galt vor allem für das nasseristische Ägypten, für die algerische Befreiungsbewegung FLN, für die baathistischen Regierungen des Irak und Syriens. Im Gegenzug unterstützten die USA Saudi-Arabien und die Golfstaaten, aber auch die „gemäßigten“ Staaten Marokko, Tunesien, Jordanien. Unterstützung erhielten auch die Muslimbrüder in den Staaten des Nahen Os-

ten, die algerische Islamische Heilsfront Ende der 80er Jahre, an vorderster Stelle aber die gegen die sowjetische Präsenz in Afghanistan kämpfende islamistische Guerilla.

Auch die konservativen arabischen Regime unterstützten die islamistischen Bewegungen in ihren Ländern, wo an den Universitäten linke und säkulare Gruppen zu einer gefährlichen Opposition zu werden drohten, um eine Gegenkraft gegen die Studentenbewegungen aufzubauen. In diesen Kontext gehört auch die Unterstützung der aus der Muslimbruderschaft hervorgegangenen Hamas in Palästina durch die israelische Regierung, die sich davon eine Schwächung der PLO erhoffte – was zumindest langfristig Früchte trug.

## Iranische Revolution als Auslöser für neues Feindbild

Eine erste, „den Islam“ zum Feindbild erhebende Interpretation eines zwischenstaatlichen Konflikts ergab sich zu Beginn der Iranischen Revolution und die Geiselnahme US-amerikanischer Diplomaten in Teheran. Sie blieb jedoch zunächst auf den schiitischen Islam und die feindlichen Beziehungen zwischen Washington und Riad einerseits und Teheran andererseits beschränkt. Die entscheidende Zäsur erfolgte mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan und der Krise um Kuwait 1990/91 und des darauf folgenden Zweiten Golfkrieges, der zusammenfällt mit dem Austritt der Sowjetunion aus der Weltgeschichte, sah sich diese doch nicht mehr in der Lage, die Anti-Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu verhindern.

Dass gerade der säkulare Saddam Hussein für die Schaffung des neuen Feindbildes herhalten musste, erscheint eher als Ironie der Weltgeschichte. Wie schnell, ja beinahe nahtlos dieser Wechsel im Feindbild vom verschwundenen Kommunismus zum Feindbild Islam vor sich ging, zeigen die einschlägigen Formulierungen im französischen Verteidigungsweißbuch von 1994, wo festgestellt wird:

*„Der islamistische Extremismus stellt ohne Frage die beunruhigendste Bedrohung dar. (...) Er nimmt oft den Platz ein, den der Kommunismus innehatte als Widerstandsform gegen die westliche Welt.“*

Ähnlich formulierte wenig später der damalige NATO-Generalsekretär Willi Claes, als er feststellte, dass der islamische Fundamentalismus möglicherweise eine größere Bedrohung darstellt als dies der Kommunismus war. Dass eine derart schnelle (Wieder-) Belegung des Feindbildes Islam möglich war, dürfte im Wesentlichen zwei Gründe haben:

1. Die Latenz eines lange vorhandenen Feindbildes, das seine Wurzeln in alten antisemitischen Klischees und in den Legitimationsmustern imperialistischer Dominanz hat

2. Die mit der Globalisierung einhergehenden Prozesse, in deren Folge nicht nur staatliche Handlungsspielräume schrumpfen, sondern auch durch die Transnationalisierung der Ökonomie und durch Prozesse der Migration und multikulturelle Lebensformen neue gesellschaftliche Herausforderungen entstehen. Sie können im Sinne der „neuen Risiken“ und der daraus entwickelten Debatte über den erweiterten Sicherheitsbegriff auch als Sicherheitsgefährdungen für „unsere“ Gesellschaft interpretiert werden.

An diesem Punkt schließt sich der Kreis, der die Wiederbelebung alter Klischees für heutige praktische Politik verwendbar macht, wenn Samuel P. Huntington in seinem zeitgerecht 1993 erschienen Aufsatz „The Clash of Civilizations?“ die Kulturen als die wichtigsten Konfliktakteure des 21. Jahrhunderts benennt und den Islam als die gefährlichste bezeichnet: „Islam has bloody borders“. Daraus leitet er den dringenden Ausbau der militärischen Überlegenheit des Westens ab. Übersetzt in die etwas schlichtere Sprache des damaligen deutschen Heeresinspektors Helge Hansen lautet dann die aus der neuen Weltlage zu ziehende Schlussfolgerung:

*„Abschreckung war bisher bestimmt von rationaler abendländischer Logik, wenn auch im Osten ideologisch geprägt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Wegtre-*

*ten einer Welt- und Ordnungsmacht ist dies jetzt anders. Ausgangspunkte künftiger Konflikte sind Irrationalität, nicht vorhandenes Risikobewusstsein und nahezu unbegrenzte Risikobereitschaft. Abschreckung in der klassischen Form kann und wird daher schlicht nicht mehr funktionieren, zumindest nicht, um vom Einsatz konventioneller Waffen abzuhalten. (...) Sicherheit bedeutet dann nicht nur die territoriale Integrität und den Schutz vor direkten militärischen Angriffen, sondern beinhaltet – weiter gespannt – den Erhalt unserer Werteordnung und des politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systems.“*

Damit ist die Brücke geschlagen vom internationalen System zur Bedrohung unserer Gesellschaft und Lebensweise. Die westliche „Wir“-Sicht zeichnet sich aus durch ein Begriffsgemenge, das alte, aus den rassistischen Paradigmen des 19. Jahrhunderts stammende Vorstellungen verquirlt mit neuen Bedrohungsvorstellungen, die nun nicht mehr in den Formen klassischer militärischer Bedrohungen erscheinen, also nicht mehr als Konflikte zwischen territorial verfassten Nationalstaaten gedacht werden können, sondern die auch „den Erhalt unserer Werteordnung und des politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systems“ beinhalten. Diese Erweiterung des Sicherheitsbegriffs weg von der Territorialität und hin zu einem transnationalen gesellschaftlichen Konflikt kennzeichnet das Ende der Bipolarität. Zugleich scheint sie den neuen globalen Verhältnissen Rechnung zu tragen: Die islamische Bedrohung ist dank der Migration auch zu einer Gefahr des Fortbestands unseres Gemeinwesen, unserer Wertordnung, unserer Identität stilisiert worden. In diesem Bedrohungsszenario vermengen sich zwei der genannten „neuen Risiken“, Terrorismus und Migration, stammen doch die meisten Migranten aus islamischen Ländern.

Die arabischen Revolten in den Jahren 2011 und 2012 haben gezeigt, dass die Menschen für ihre elementaren Rechte auf die Straße gehen, dass „Würde“ zwar auch die bürgerlichen Menschenrechte meint, jedoch nicht reduziert werden kann auf politischen

Pluralismus und Meinungsfreiheit, sondern einen harten materiellen Kern beinhaltet: Das Leben unter menschenwürdigen Bedingungen, die basieren auf einem die Grundbedürfnisse deckenden Lohn, auf dem Recht auf eine menschenwürdige Wohnung, auf den Voraussetzungen für die Ausbildung und für Berufsperspektiven der Kinder.

Doch nicht die Ursachen des Elends, die aus der ausbeuterischen neoliberalen Wirtschaftsordnung resultieren, werden beseitigt, sondern es werden Ängste geschürt: Die nun schon mehr als 25 Jahre gepflegte Mischung aus Angst und Xenophobie, die letztlich die erschreckende Zunahme des Rechtspopulismus und Rassismus erklärt.



### „Krieg gegen den Terror“ - mit Feindbild Islam

Nachdem in den 90er Jahren ein Klima der Angst gut vorbereitet wurde, schienen die Anschläge des 11. September 2001 den endgültigen Beweis für die globale Bedrohung unserer freiheitlich-westlichen Gesellschaftsordnung durch die dem Islam innewohnende terroristische Gewalt zu liefern. Sie nährten seither nicht nur die anti-islamische Hysterie in den westlichen Gesellschaften, sie dienten auch als Begründung für den durch den US-Präsidenten George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“, der sich allerdings nicht gegen das waha-bitische Saudi-Arabien richtete, aus dem 12 der 19 Attentäter stammten, sondern zur Besetzung Afghanistans

und zu einem vernichtenden Krieg gegen den Irak führten.

In beiden Fällen lieferte die Bekämpfung des Terrorismus den Vorwand, Kriegsziel war jedoch, wie schon im 2. Golfkrieg, die Sicherung geostrategischer Interessen: Die Erdölreserven des Irak wurden den Interessen der Ölkonzerne zugänglich gemacht, Afghanistan, selbst reich an Rohstoffen, ist der zentrale Ort für die Kontrolle der Ressourcen Mittelasiens und ihrer Transportwege. Demselben Ziel dient auch die Gründung eines militärischen Oberkommandos für den afrikanischen Kontinent, African Command (AFRICOM), das gleichfalls unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung der Kontrolle der Ressourcen des Schwarzen Kontinents dient - im Wettlauf mit den aufsteigenden Mächten China, aber auch der EU.

### Terrorismus-Begriff: medial verschmolzen mit Religion

Terrorismus bleibt nach wie vor ein völkerrechtlich ungeklärter aber moralisch aufgeladener Begriff, der je nach Interessenlage politischen Gegnern angeheftet werden kann. Es ist gerade die Unbestimmtheit dieses Begriffs, die ihn für die politische Praxis so handhabbar macht. Die in zwanzig Jahren politisch und medial geschaffene diffuse Verschmelzung des Begriffs Terrorismus mit einer Religion ist so gelungen, dass Muslime unter Generalverdacht gestellt werden können und terroristische Akte – wie beispielsweise in Oslo – spontan islamistischen Tätern zugeordnet werden. Auch die NATO nutzt den Begriff

weiterhin, um einen inzwischen von den Bündnisgrenzen befreiten und weltweit gültigen Verteidigungsauftrag zu begründen, wenn sie etwa in Ziff. 10 ihres strategischen Konzepts von Lissabon im Jahr 2010 lapidar formuliert, dass Terrorismus „eine direkte Bedrohung der Staatsbürger der NATO-Staaten“ darstellt – also den Verteidigungsfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags auslösen kann.

Dass die mit der Begriffsassoziation „Islam“ und „Terror“ einhergehende Vorstellung von Sicherheit und Verteidigung geradezu zwangsläufig die Entgrenzung des Sicherheitsbegriff von der Sicht auf Staatlichkeit hin auf die Gesellschaft befördert und Sicherheit zu einer globalen Herausforderung macht, schafft die Hintergrundfolie für die nicht mehr auf das Territorium des Bündnisses bezogene, sondern global vorgegebene Verantwortung der NATO für weltweite „Friedenssicherung“. Der „global war on terror“ wird so zur Legitimation eines militärisch abgesicherten globalen westlichen Herrschaftsanspruchs.

#### Artikel 5 des NATO-Vertrages

„Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, in-

dem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Von jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.“

Quelle: Washington DC, 4.4.1949  
(<https://de.wikipedia.org/wiki/Bündnisfall>)

Unter Bezugnahme auf Artikel 5 des Nato-Vertrages erhebt die NATO den Anspruch, weltweit in Krisen zu intervenieren. Spätestens durch diesen Anspruch hat die NATO ihren Charakter als Verteidigungsbündnis aufgegeben und den Kern ihres ursprünglichen Zieles aufgegeben. Diese Umwandlung eines Verteidigungs- zu einem Interventionsbündnis wäre Grund und Anlass gewesen, das damit radikal veränderte Bündnis zu verlassen.

### Neues Feindbild Russland

In der jüngsten Zeit verfolgt die NATO eine Verlagerung ihres Feindbildes auf Russland, anknüpfend an die antikommunistischen Reflexe aus den ersten 40 Jahren der NATO. Gleichzeitig wird das Feindbild Islam weiter gepflegt durch die Existenz des „Islamischen Staates“ IS.

## Feindbild Russland

von Hannes Hofbauer, Historiker, Wien

### Medienmeute losgelassen

»Wie man einen Feind bastelt, bekommen wir derzeit lehrbuchmäßig vorgeführt«, schreibt die Kommunikationswissenschaftlerin Sabine Schiffer, die mit ihrem Institut für Medienverantwortung seit Jahren vor allem den deutschen Journalismus kritisch durchleuchtet. Schiffer ruft einfache Lehrsätze der Feindbildkonstruktion in Erinne-

rung. Im alltäglichen Gebrauch der Medien fällt gar nicht mehr auf, wie das scheinbar zufällige Setzen negativ konnotierter Adjektive oder Wortzusammensetzungen die Wahrnehmung von Gut und Böse beeinflussen. Subtil und stereotyp verwendete Begriffe gehen Holzhammermethoden voraus. Wer würde sich z. B. nicht wundern, wenn plötzlich Zeitungen und Fernsehnachrichten vom »Kapitol-Chef« berichteten und damit US-Präsident Barack Obama

meinen. Auf der anderen Seite, in Richtung Russland und Moskau, ist dieses Begriffspaar üblich. »Kreml-Chef« haftet Wladimir Putin weit häufiger an als die Bezeichnung »Präsident der Russischen Föderation«. Die Zuordnung »Chef« vermittelt etwas Despektierliches, Abwertendes; und sie erinnert den Leser oder die ZuhörerIn an ihren eigenen Chef im Berufsleben, über den die Belegschaft meist nicht viel Gutes zu sagen hat.

Zum Repertoire jeder Feindbildproduktion gehört laut Sabine Schiffer dann noch das »Hinzudichten kleiner und größerer Lügen«, wie im Ukraine-Krieg hundertfach passiert, das »Messen mit zweierlei Maß«, die »Dämonisierung und Dehumanisierung des ausgemachten Gegners« und die »Personifizierung eines Konflikts«. An Letzteres haben sich die westlichen Medienkonsumenten seit Jahren gewöhnen müssen. Putin wird ihnen als die Inkarnation des Bösen vorgeführt, während Obama, Merkel oder Hollande zwar fallweise heftig kritisiert werden, ohne sie allerdings zu dämonisieren.

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle hinzugefügt, dass die Produktion des Feindbildes auch in umgekehrte Richtung reibungslos funktioniert. Der »Westen« gilt russischen Medien als moralisch verkommen und dekadent, als Gesellschaft, in der kleine Minderheiten über die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit dominieren.

Die Dämonisierung Russlands in der Person seines Präsidenten ist seit 2013/2014 zum Tagesgeschäft meinungsbildender Medien im Westen geworden. Wochenzeitschriften weisen damit auf ihren farbig-kraftigen Coverseite den Weg der Diffamierung und Verleumdung. »The Pariah« titelte zum Beispiel das britische Magazin Newsweek am 1. August 2014. Ein als Totenkopf gestaltetes Gesicht zeigt Wladimir Putin mit schwarzen Brillen, hinter denen anstatt Augen zwei kleine Feuerkugeln zu sehen sind. Der Betrachter kann sie wahlweise mit Hölleneingängen oder Bombenexplosionen assoziieren. »The Pariah«, auf Deutsch: »der Ausgestoßene«, steht in Großbuchstaben über Nase und Kinn des damit zum Feind Erklärten. In der Unterzeile heißt es dann noch für jene, die sich dem Schaufenster des Kiosks nähern: »West's Public Enemy Number One«.

In Deutschland führt Der Spiegel in puncto Russland-Bashing die Kategorie Wochenschriften an. Schon die Nr. 10/2007 zeigt ein digital bearbeitetes Konterfei des russischen Präsidenten, der mit leicht asiatischem Blick hinter einem Dutzend Pipeline-Rohren

hervorsieht, die ihm gleichsam aus dem Mund wachsen. Seinen Kopf ziert eine Mütze, auf der ein roter Stern mit ins Unkenntliche verwisstem Hammer-und-Sichel-Emblem prangt. Bohrtürme links und rechts unterstreichen die Schlagzeile: »Der Staat Gasprom« wird als Putins persönliches Waffenarsenal inszeniert und für Zweifelnde zur Sicherheit hinzugefügt: »Putins Energie-Imperium«.

Im Jahr darauf klassifiziert Der Spiegel in seiner Ausgabe Nr. 34/2008 Russland als »gefährlichen Nachbarn«, wie es in der Überschrift heißt. Über einer im Staub vorwärts preschenden Panzerkolonne, die den kurzen Krieg mit Georgien um Südossetien als russische Aggression darstellen soll, wächst der Kopf Wladimir Putins fast aus dem Coverbild hinaus. Sein drohender Blick korrespondiert mit der Unterzeile. »Wladimir Putin und die Ohnmacht der Westens«, heißt es in Anspielung auf die Tatsache, dass die NATO dem damaligen georgischen Präsidenten Saakaschwili militärisch nicht zu Hilfe kam.

Heft 11/2014 zeigt auf dem Cover einen arrogant dreinblickenden russischen Präsidenten in feinem Zwirn, der einen großen dunklen Schatten wirft. Ihm nur bis zur Hüfte reichende zwei kleine Männer und eine gebückte kleine Frau stellen Barack Obama, David Cameron und Angela Merkel dar. »Der Brandstifter« nennt die Redaktion des Hamburger Magazins die Ausgabe und beantwortet damit die Schuldfrage der Ukrainekrise eindeutig. Dass die von weit unten zu Putin aufblickende deutsche Kanzlerin eine weiße Fahne in der Hand hält, wirkt auf den ersten Moment lächerlich, kann aber auch – in kritischer Rezeption des Geschehens am Cover – als Aufforderung zum militärischen Eingreifen in der Ukraine verstanden werden, nach der Maxime: Die Friedensfahne hilft nicht, da müssen Kampfflugzeuge her.

Ohne jede Ironie kommt dann die Spiegel-Ausgabe Nr. 31/2014 aus: »Stoppt Putin jetzt!«, lautet die Überschrift. Der in Rot gehaltene Titel überschreibt mehr als 50 meist lachende Gesichter von Männern und Frauen, die dem Betrachter unbekannt sind.



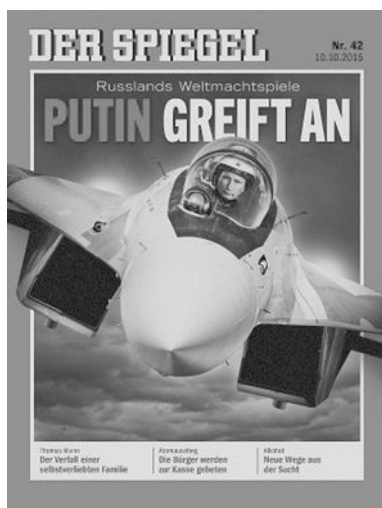
Erst die in winzigen Lettern gehaltene Schrift unter den Portraitfotos gibt dem Cover Sinn. Neben den Namen der Personen steht das immer selbe Todesdatum: 17. Juli 2014. Das war jener Tag, an dem die Boeing 777 der malaysischen Fluggesellschaft über der Ostukraine abgeschossen worden ist. Es gab keine Überlebenden. Die 50 fröhlich dargestellten Menschen sind Opfer dieses Absturzes. Und Der Spiegel kannte am Erscheinungstag der Ausgabe, dem 28. Juli 2014, den Täter. »Stoppt Putin jetzt!« suggeriert: Wladimir Putin war's. Er hatte den Finger am Abzug jener Lenkwaffe des Typs »Buk-m 1«, die ein niederländischer Bericht 15 Monate später als Ursache der Katastrophe bestätigte.

Derselbe Bericht der niederländischen Sicherheitsbehörde nennt keine Täter und kritisiert, dass Kiew den Luftraum über der Ostukraine, in dem damals ukrainische Militärjets Kampfeinsätze gegen Donezk und Luhansk flogen, nicht sperren lassen hatte. Wer tatsächlich die Lenkwaffe in Richtung Flug mh-17 gesteuert hat, bleibt unklar. Als Schützen kommen ukrainische Militärs oder Rebellen aus dem Donbass in Frage. Wer immer die tödliche Lenkwaffe bediente, Absicht ist bislang niemandem seriös unterstellt worden. Den Spiegel kümmerte dies nicht. Er machte – wie viele andere westliche Medien auch – den russischen Präsidenten persönlich zum Täter, der im Hintergrund »prorussische Mörderbanden« befehligt.

Am Spiegel-Cover der Nr. 42/2015 sitzt Putin am Steuer eines Kampffjets,



der sich im Anflug auf den das Bild betrachtenden Leser befindet. »Putin greift an«, lautet die Überschrift, zu der noch die Zeile »Russlands Weltmachtspiele« montiert ist. Der Spiegel repliziert damit auf den Befehl des Kreml, militärisch in den Syrienkonflikt einzugreifen. Der rote Stern am Helm des Piloten ruft Ängste in Erinnerung, als die Rote Armee im Westen als Gefahr für den Weltfrieden eingeschätzt wurde. Ihr einziger Auslandseinsatz außerhalb des RGW blieb gleichwohl jener in Afghanistan.



Einen Monat später hätte Der Spiegel denselben Putin in derselben Pose wohl nicht als Gefahr, sondern als möglichen zukünftigen Verbündeten im »Kampf gegen den Terror« – sprich: das Kalifat des Islamischen Staates – gesehen. Dazwischen lagen die Anschläge von Paris am 13. November 2015 und das Angebot des russischen Präsidenten, gegen die Dschihadisten gemeinsame Sache zu machen. Am 10. Oktober jedoch war Putin der Wiedergänger sowjetischer Führer – und wird es immer dann sein, wenn er westlichen Interessen und der Spiegel-Redaktion in die Quere kommt.

### »Medizinische Diagnose« statt politischer Analyse

Wo die politische Analyse schwächelt, tauchen zuweilen Bilder von Krankheiten auf, die missliebigen Proponenten zugeschrieben werden. Besonders beliebt ist diese Art der »Erkenntnis«, wenn es um Feindbeschreibung geht. Mit moralischen Zuordnungen wie gefährlich, böse und hassenswert ist es oft nicht mehr getan, um die

Hintergründe der ganzen herbeigeredeten Niedertracht des Feindes zu erklären. Medizinische Vokabel, vorzugsweise aus der Sprache der Psychiatrie, helfen in solch schwierigen Fällen einer (Vor-)Urteilsbildung.

Schon das historische Russlandbild blieb nicht von psychologisierenden Einschätzungen verschont. Geistig labile oder abnorme Führerfiguren und dumpfe Volksmassen tauchen immer dann in der westlichen Wahrnehmung auf, wenn der Kreml und die Russen auf der falschen Seite stehen. Das entsprechende Überlegenheitsgefühl der Kultur des Römischen Rechtes mit ihrem lateinischen Glauben identifiziert dann Russland und die Russen als rückständig, vormodern und unterentwickelt und dichtet diesem Befund noch das Pathologische an. Daraus entsteht »eine asymmetrische Beziehung nach dem Muster Eltern-Kind, Lehrer-Schüler oder Therapeut-Patient«, wie es der Wikipedia-Eintrag zum Begriff »Russlandbild« ausdrückt.

Mit noch größerem Kaliber in puncto Russland-Bashing fuhr übrigens die Ukraine unter ihrem Präsidenten Petro Poroschenko auf. Dieser verbot schlichter Hand per Dekret die Verbreitung eines positiven Russlandbildes. Am 2. April 2015 ging das entsprechende Gesetz durch die Werchowna Rada. Filme, die nach dem Ende der Sowjetunion hergestellt wurden, dürfen Russland und seinen Präsidenten seither nur mehr als Feinde zeichnen. Die »positive Darstellung von Angestellten des Aggressorstaates«, wie es im Gesetz heißt, wird bestraft. Zuvor waren von Kiew bereits russische Fernsehstationen geschlossen, die Ausstrahlung russischer Programme verboten und gut einem Dutzend russischer KünstlerInnen die Einreise verweigert worden. Der Spiegel schrieb in diesem Zusammenhang von einem »kulturpolitisch umstrittenen Gesetz«. Das Adjektiv »umstritten« soll wohl die klammheimliche Freude kaschieren, die den Schreiber dieser Zeilen bei der Nachrichtenübermittlung gepackt hat. In (fast) jedem anderen Land der Welt, das ähnliche Zensurmaßnahmen verhängt hätte, wäre ihm das Beiwort »umstritten« nicht in den Sinn gekommen.

### Feind-Freund-Wahrnehmung

Die überwiegend feindselige Haltung gegenüber Russland im Westen ist geopolitisch begründet. In Washington und den mit den USA verbündeten Staaten tauchen zunehmend Ängste vor einem Hegemonieverlust auf. Dieser hat zwar mit der Politik des Kreml nur wenig bis gar nichts zu tun, das alte Feindbild Russland erspart allerdings manchen westlichen Strategen eine Beschäftigung mit tiefer liegenden Ursachen des eigenen zunehmenden Bedeutungsverlustes. Und antirussisch eingestellte Eliten wissen diese Vermischung zu nutzen.

Dem einfachen Blick auf Außenhandelsstatistiken, weltwirtschaftliche Verflechtungen, Rüstungsbudgets und der Landkarte zum Trotz wiederholen politische Führer im Westen und ihre medialen Begleiter den Vorwurf, Moskau agiere expansionistisch. Wenn – wie im Fall Georgiens 2008, der Ukraine 2014 oder Syriens 2015 – russisches Militär aktiv wird, potenziert sich der Vorwurf des Expansionismus zur Anklage, der Kreml bedrohe den Weltfrieden. Da tut es nichts zur Sache, dass im selben Moment, in dem russische Kriegsschiffe Abchasien anlaufen oder russische Bomber im Auftrag des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad Stellungen oppositioneller Gruppen bombardieren, US-geführte Allianzen weltweit militärisch in vielfacher Quantität im Einsatz sind – Russland gilt im Westen als Bedrohung.



Der Beitrag ist ein Auszug aus dem Buch von Hannes Hofbauer, erschienen im Promedia-Verlag, Feb. 2016, 2. Auflage

# „Alternative für Deutschland“ – (k)eine Frage des Friedens

von Manfred Sohn, Publizist, Rittmarshausen

2.100 Mitglieder der Partei hatten sich Ende April/Anfang Mai 2016 für ein Wochenende in der Stuttgarter Messehalle versammelt, um das erste Grundsatzprogramm der „Alternative für Deutschland“ zu verabschieden. Entworfen hatte es die Bundesgrundsatzkommission unter Leitung von Albrecht Glaser, stellvertretender Vorsitzender der AfD und seit dem Stuttgarter Parteitag auch Kandidat für die Nachfolge von Gauck als deutscher Bundespräsident.

## Frieden: Kein AfD-Thema

Öffentlich haben vor allem die Passagen zum Islam, zur Einwanderung, Integration und zur Asylpolitik Resonanz gefunden. Dröhnender als die Sätze zu diesen Themen ist aber die Stille gegenüber der wichtigsten Frage des 21. Jahrhunderts. Es gibt im gesamten Programm keinen Abschnitt zum Thema Frieden. Das Wort taucht in keiner Überschrift oder Unter-Überschrift auf und im Text nur im Zusammenhang mit „Sicherheit“. Ausführlich aber wird im Abschnitt 4 ein Aufrüstungsprogramm dargelegt: Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht, Stärkung der Bundeswehr, die „mit der Weltspitze Schritt zu halten“ hat. Während ansonsten der „schlanke Staat“ beschworen wird, heißt es hier (Abschnitt 4.4.1.):

*„Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten sind im Finanzhaushalt mehr als heute angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte müssen sich nach deren Aufgaben und den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen richten.“*

Mit welchem Ziel wird dieses Aufrüstungsprogramm verbunden? Die Antwort verdient mehr Gänsehaut als alle anderen Passagen dieses Textes. Nachdem davon die Rede ist, „die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte wieder [!! – M. S.]herzustellen, um Anschluss an die strategischen und operativen Erfordernisse zu finden“, heißt es weiter:

*„Diese ... Wiederherstellung soll nicht nur die Landesverteidigung ... sicherstellen, sondern die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem*

*Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen.“*

„An der Weltspitze“ kann eine Armee ohne Kernwaffen nicht mitspielen. Krisenvorsorge ist ein Synonym für weltweiten Truppeneinsatz. Wer eins und eins zusammenzählen und lesen kann, weiß, was da Programm geworden ist.

## Deutsche Tradition aus der CDU: „Stahlhelm“-Fraktion

Alexander Gauland, einer ihrer prägenden Persönlichkeiten, und auch Albrecht Glaser, sind Ziehsöhne von Alfred Dregger, der es, seit 1939 in der Wehrmacht und seit 1940 in der NSDAP aktiv, bis zum Bataillonskommandeur brachte und in der alten Bundesrepublik der wohl prominenteste Vertreter der mit einigem Recht so genannten »Stahlhelm-Fraktion« der CDU wurde. Die AfD ist insofern die nun Partei gewordene Stahlhelm-Fraktion. „Bis zur letzten Patrone“, verkündete Dregger nicht ohne Stolz, habe er 1945 Breslau gegen die Rote Armee verteidigt.

Reicht diese Einordnung, um zu begreifen, was auf uns zukommt? Dann wäre wahr, was der Vizekanzler Sigmar Gabriel am 12. Juni gegenüber der Funke-Mediengruppe äußerte: „Alles, was die erzählen, habe ich schon gehört – im Zweifel von meinem eigenen Vater, der bis zum letzten Atemzug ein Nazi war.“ Andere, die sich ähnlich offen wie Gabriel sen. in der Traditionslinie der NSDAP sehen, meinen auch, diese Formation sei nur der Wegbereiter für einen Weg zurück in die Vergangenheit und setzen, wie der NPD-Pressesprecher Frank Franz im April 2013 kundtat, darauf, „dass die ‚Alternative für Deutschland‘ für uns Nationaldemokraten die Rolle des nützlichen Wegbereiters spielt.“ Beide – Gabriel wie Franz – irren.

Wir wissen seit Heraklit und Platon: Wir steigen niemals in denselben Fluß. Die von Arnold Schölzel kürzlich zu recht aufgeworfene „Frage nach Verhinderung der Abfolge von Krise – Faschismus – Krieg“ muss also zum einen mit Geschichtsbewusstsein, zum anderen aber auch mit der Bereitschaft bearbeitet werden, sich den gegen-

über den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts neuen Erscheinungen zu stellen.

## AFD: Keine isolierte deutsche Erscheinung

Die AfD ist keine isolierte deutsche Erscheinung und keine Partei, die wie Kai aus der Kiste gekommen ist.

Blicken wir in die vier Himmelsrichtungen, sehen wir vergleichbare Parteien wie die der AfD im ehemaligen sozialdemokratischen Wohlfahrtschweden genauso gedeihen wie in Polen. In Österreich kratzte die FPÖ, deren Vorsitzender sich mit der AfD-Vorsitzenden am 10. Juni zu einem Gipfeltreffen auf der Zugspitze traf, bei den Bundespräsidentenwahlen an der 50%-Hürde. Im Westen ist die Front Nationale stärkste Partei Frankreichs geworden, wird die „United Kingdom Independence Party“ von Wahl zu Wahl stärker und hinter dem großen Teich droht Donald Trump die Herrschaft über das furchtbarste Waffenarsenal in der Geschichte der Menschheit zu übernehmen.

So wie die Warlords von Afghanistan bis Tunesien und die Drogenbarone von Latein- und Südamerika die Zerfallsprodukte des kapitalistischen Systems an seiner Peripherie sind, so sind Trump, Le Pen und Petry seine Verwesungsprodukte in ihren Zentren. Ihre Funktion ist es, das parlamentarisch-politische Koordinatensystem so zu verrücken, dass zum Beispiel in Deutschland die CDU gegen den Willen ihrer gegenwärtigen Führung aus Koalitionen mit der rechten oder in Perspektive gar der linken Sozialdemokratie herausgeholt und -gehalten und in Koalitionen mit offen deutschnationalen Gruppierungen hineingezwungen wird. Damit wäre das Tor geöffnet nicht nur für einen Sozialabbau ohne Beispiel, sondern auch für ein Aufrüstungs- und Kriegsprogramm mit historischem Beispiel.

Wer dem beikommen will, wird mit den Instrumenten gegen den letzten Krise-Faschismus-Krieg-Zyklus nicht viel ausrichten. Weder die Schulung für Stammtisch-Debatten noch das Singen alter Brecht-Lieder mit knarziger Stimme wird die Anstrengung des



Begreifens des Wesens dieser Entwicklung ersetzen können. Die von Dimitroff und anderen entwickelte Konzeption fußte auf die Möglichkeit einer Überwindung der 1929 entstandenen Krise noch im Rahmen des Kapitalismus und der von ihm hervorgebrachten bürgerlichen Nationalstaaten – also Volksfront unter Einschluss kapitalistischer, aber nicht- und damit potentiell anti-faschistischer Kräfte. Das, was vor unseren Augen passiert ist aber etwas anderes. Der Fluss wird reißender werden.

### Produkte kapitalistischer Systemkrise

Kapitalismus ist nicht Wiederkehr des immer Gleichen. Er ist das System in der bisherigen Menschheitsgeschichte, das von tiefen Widersprüchen geprägt ist, die ihn antreiben und gleichzeitig zu einem Höhepunkt von Zuspitzungen hintreiben. Seine Widersprüche haben keine Kreisform, sondern bilden einen Prozess. Sie sind, in der Sprache von Marx, prozessierende Widersprüche. Deshalb wechselt nicht die Krise mit dem Aufschwung wie der Winter auf den Sommer folgt und immer so weiter. Seine konjunkturellen, finanziellen, sogenannten Flüchtlings- und sonstigen politischen Krisen sind vielmehr die Form, in der er sich auf seine finale Krise zubewegt. Sie nehmen an Schärfe, Tiefe und Dauerhaftigkeit zu. Die Mittel

zu ihrer Lösung – neue Produkte, neue Märkte, Globalisierung, Rationalisierung, Verbilligung der Waren, Ausbau des Kreditwesens usw. – schaffen gleichzeitig die Voraussetzung für den nächsten Krisenschub und zwar auf höherer Stufenleiter. Wir erleben die Annäherung dieses Systems an seine „wahre Schranke“, wie es Marx in den „Grundrissen“ formuliert hat. Das System, das unentwegt und zwanghaft alle Bedürfnisse in die Warenform umgießen muss, um so aus dem investierten Geld mehr Geld zu machen, kann nur expandierend existieren. Es muss gleichzeitig, getrieben durch sein Grundgesetz, die Konkurrenz, permanent Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess vertreiben – die einzige Ware, die den anderen mehr Wert zusetzt. In dem Moment wo alle vorher existierenden nichtkapitalistischen Gesellschaft der Herrschaft dieses Systems unterworfen sind und gleichzeitig durch die Rationalisierungsprozesse mehr Menschen aus ihm herausrationalisiert werden als durch die Entwicklung neuer Industrien wertbildend von ihm absorbiert werden, erlahmt der innere Motor dieses Systems und es kommt in einer immer wilder werdenden Kaskade von Krisen an seinen Zusammenbruchspunkt. Das ist die Zeit, in der wir leben. Nur das Begreifen der Vorgänge im ka-

pitalistischen Kern dieses Krisen-Reaktors beantwortet die Frage nach dem Grund der in allen kapitalistischen Ländern stetig ansteigenden Verzweigung der von diesem Mechanismus dauerhaft überflüssig gemachten Menschen, die folglich – weil das marxistische Verständnis dieser Zusammenhänge fehlt – in ihrer massenhaften Verzweigung wahlweise monotheistischen Religionen oder nationalistischen Irrlichtern folgen. Eine Lösung der vor uns liegenden Krisenkaskade ist innerhalb des menschengemachten Geheges aus den vier Pfosten Tauschwirtschaft – Geld – Markt und Staat nicht mehr möglich. So wie es die Einwohner von Paris 1871 in der noch aufsteigenden Phase des Kapitalismus erstmals versucht haben und wie es zur Zeit die Frauen und Männer in Rojava heute versuchen kommt auch auf die Einwohner in den kapitalistischen Zentren unweigerlich die Aufgabe zu, Gesellschaft jenseits von Markt und Staat zu denken und zu organisieren – oder sich in die Hände von Stahlhelm-Köpfen zu begeben, die auf die denkbar perverseste Art alte Antworten auf neue Herausforderungen geben.

Voraussichtlich im September erscheint im PapyRossa-Verlag vom Autor dieses Artikels das Buch „Ein aufhaltsamer Aufstieg. AfD und andere – das Übel an der Wurzel packen“

### Einen schlimmeren Rechtsruck als das rücksichtslose Durchboxen von TTIP, die Agenda 2010 und Kriegseinsätze gibt es nicht

Die AfD treibt nur auf die Spitze, was die etablierten Parteien vorgemacht und vorbereitet haben. Beim Umgang mit TTIP wird sichtbar, dass CDU/CSU, SPD und Grüne auf die Demokratie pfeifen; die Agenda 2010 war der Abschied vom Konzept der Sozialstaatlichkeit; die Kriegseinsätze und die Beteiligung der Bundeswehr bei Kriegseinsätzen außerhalb des NATO-Bereichs beginnend 1999 mit dem Jugoslawien Krieg und die Forcierung des West-Ost-Konfliktes sowie die Abkehr vom Konzept der Entspannungspolitik sind massive Bewegungen nach rechts. Der Boden für die wirklich schlimme AfD ist bestens vorbereitet worden. Die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin ist nur das Tüpfelchen auf dem i. – Korrekturen sind in allen Bereichen nötig.[...]

Das Freihandelsabkommen, das jetzt mit aller Macht durchgeboxt werden soll, ist ein Vertragswerk zugunsten der Wirtschaft und dabei insbesondere jener der USA.[...]. Dieser Umgang mit einem wichtigen Gesetzesvorhaben liegt auf der Linie dessen, was wir vorher schon von unseren

politischen Oberen gehört haben: Merkels Spruch von der marktkonformen Demokratie hat verhöhnen Charakter; die berühmte Klage des früheren SPD-Vorsitzenden und Ministers Müntefering über die Wähler, die nach einer Wahl auch noch verlangen, dass das Versprochene umgesetzt wird, war ähnlich verhöhnen.

Und jetzt also soll ein Vertragswerk durchgesetzt werden, das nicht nur den Wählerinnen und Wählern nicht zur Abstimmung vorlag, als sie 2013 ihre Abgeordneten wählten; es soll jetzt auch an den gewählten Abgeordneten vorbeigeschleust werden. Daraus spricht Verachtung für die Demokratie. Und das ist ausgesprochen rechtsradikal.[...]

Wenn man auf die SPD und auf die Grünen schaut, dann sieht man ohne Schwierigkeiten, dass diese den Rechtsruck im Innern schon lange vor dem Flüchtlingsproblem vollzogen haben. Und mit großer Wirkung für die Gesellschaft: 1999 haben sie zugelassen und dabei mitgewirkt, die Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs zu Militäreinsätzen einzusetzen. Einen gravierenderen Rechtsruck gibt es eigentlich nicht.

Quelle: *Nachdenkseiten.de* / 4.5.2016

## Aufstehen gegen Rassismus

Interview mit Uwe Hixsch, Mitglied im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands und im Koordinierungskreis des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“

*FJ: Am 19.6. demonstrierten in mehreren Städten Deutschlands zehntausende Menschen gegen rechts. Was wirkte hierfür aus Ihrer Sicht besonders mobilisierend?*

Die Teilnehmenden an den Menschenketten des Bündnisses „Hand in Hand gegen Rassismus“ wollten deutlich machen, dass wir öffentliche Plätze nicht den rechten Gruppierungen und Parteien überlassen dürfen. Viele sind aufgeschreckt durch die guten Wahlergebnisse der AfD und wollen nicht tatenlos zusehen, wie mit Hass, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung der öffentliche Diskurs immer weiter nach rechts verschoben wird. Die Teilnehmenden an den Aktionen wollen der menschenverachtenden Stimmungsmache gegen Geflüchtete, Muslim\*innen, Roma und Romnija, Sinti und Sintiza und Jüd\*innen durch sichtbare Zeichen entgegentreten.

*Verdrehungen von Rechtspopulisten? Was ist bei der Bandbreite an Einzelthemen einfacher, was ist schwieriger? Nehmen wir z.B. die Stichworte "Islamisierung des Abendlandes" oder "Wirtschaftsflüchtlinge als Sozialschmarotzer".*

Wir müssen zurück an die Orte, in denen sich gesellschaftliche Diskurse bilden und gesellschaftliche Hegemonie über Themen entstehen. Der Kampf gegen Pegida, AfD und Co. ist auch ein Kampf um die kulturelle Hegemonie in Betrieben, Vereinen und den Orten der Freizeitgestaltung. Menschen müssen Widerspruch anmelden, wenn sie mit antiziganistischen, antirassistischen, antisemitischen oder antimuslimischen Rassismus konfrontiert werden. Im Vereinsheim, bei Familienfeiern oder in der alltäglichen Freizeitgestaltung müssen wir hier inhaltlich „klare Kante“ zeigen.



Foto: Uwe Hixsch am 19.6.2016 (Menschenkette in Berlin),

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) entwickelt sich zunehmend zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und trägt diese Positionen in die Parlamente. Sie bildet in vielen Orten das organisatorische und diskursive Zentrum, in der sich vermeintliche „Wutbürger\*innen“ mit Anhänger\*innen der extremen Rechten verbinden und Nazi-Parolen und öffentliche Hetze gegen Andersdenkende immer mehr gesellschaftsfähig machen. Das „Bündnis gegen Rassismus“ will diese Entwicklung stoppen.

*FJ: Wo sind die besten Ansatzpunkte für eine möglichst effiziente Aufklärung über die demagogischen*

*Quelle: Flickr*  
kämpfer\*innen genannt, ausgebildet werden, die den rechtspopulistischen Argumenten im Alltag Widerspruch entgegensetzen. Ziel ist, die diskursive Hegemonie in den Teilen der Gesellschaft zurückzugewinnen, in der antirassistische Positionen nicht mehr oder zu wenig sichtbar sind.

*FJ: In welchem Spannungsverhältnis stehen die gesellschaftliche Breite der Bewegung und eine für jede Bewegung notwendige inhaltliche Zuspitzung, d.h. in diesem Fall zu den Ursachen des zunehmenden Rechtspopulismus?*

Das Bündnis Aufstehen gegen Rassismus wirbt für breite gesellschaftliche Bündnisse gegen den zu-

nehmenden Rechtspopulismus. Ein positives Beispiel für ein breites und erfolgreiches gesellschaftliches Bündnis war „Dresden nazifrei“. Wir wollen „rote Linien“ in der Gesellschaft, damit es nicht zur gesellschaftlichen „Normalität“ gehört, die AfD oder andere rechtspopulistische Parteien zu unterstützen, dort Mitglied zu werden oder diese zu wählen. Der Mobilisierung von Pegida und Co. soll ein breiter gesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt werden.

Um breiten gesellschaftlichen Widerstand zu erreichen, brauchen wir die Gewerkschaften, genau wie das gesellschaftliche Umfeld von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD. Ziel ist, den Kampf gegen die rassistischen Bewegungen und gegen die AfD zu bündeln und sie zurückzudrängen. Bündnisse setzen aber voraus, dass die daran Beteiligten ihre Unterschiede kennen, sich respektvoll miteinander auseinandersetzen, gleichzeitig aber auch akzeptieren, dass diese Unterschiede bestehen.

*FJ: Und welche spezielle Rolle sehen Sie für die NaturFreunde im Bündnis?*

Ich sehe die Aufgabe der NaturFreunde im Bündnis Aufstehen gegen Rassismus darin, diese mögliche Breite von Gewerkschaften, Sozialverbänden, antirassistischen Initiativen, Parteien und Jugendverbänden zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch als Teil der antirassistischen Bewegung das Grenzregime der Europäischen Union und das Sterben an den EU-Außengrenzen anzugreifen und zu beenden. Hierfür ist eine klare Kritik an der Politik der Bundesregierung notwendig. Wer aber Bündnisarbeit kennt weiß, dass dies nicht innerhalb solcher Bündnisse ausgetragen werden kann, sondern hierfür andere gesellschaftliche Zusammenhänge notwendig sind.

*FJ: Sind Fluchtursachen durch Kriege und neoliberale wirtschaftliche Ausbeutung ein Thema?*

Natürlich sind Fragen nach den Fluchtursachen und die Folgen der

neoliberalen Ausbeutung ein zentrales Thema, um über Hintergründe von Flucht, Migration und Ausbeutung aufzuklären. Die NaturFreunde fordern hierfür die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und weltweite Abrüstung als eine Grundlage für eine solidarische Welt, in der Menschen nicht mehr vor den Folgen der kapitalistischen Zerstörung der Länder des globalen Südens fliehen müssen. Gleichzeitig wissen wir jedoch auch, dass die Diskussionen über eine grundlegende Veränderung der Außenwirtschaftspolitik, der Militärpolitik und den Grundlagen der Europäischen Union nicht von allen Bündnisteilnehmenden im „Bündnis gegen Rassismus“ so gesehen werden. Hier wollen wir miteinander ins Gespräch kommen ohne die Gemeinsamkeiten in unserem Kampf gegen die Rechtspopulisten zu schwächen.

Nur durch gemeinsame Aktionen vor Ort und einer gemeinsamen bundesweiten Mobilisierung gegen die Aufmärsche von Pegida, AfD und Co. können wir sichtbare öffentliche Zeichen gegen Rassismus und Faschismus setzen. Wir wollen dem homophoben und frauenfeindlichen Weltbild vieler Rechtspopulist\*innen, der Fremdenfeindlichkeit, der zunehmenden Gewalt gegen Geflüchtete und Einrichtungen von Geflüchteten, dem antimuslimischen Rassismus und der sozialdarwinistischen Ausgrenzung von Benachteiligten eine gesellschaftliche Bewegung entgegensetzen. Unser Ziel ist, nicht nur reagieren zu können, sondern wieder gesellschaftlich in die Offensive zu kommen.

*FJ: Können über die Thematisierung dieser Ursachen der Rechtsentwicklung auch mehr Menschen den Weg zum Engagement in der Friedensbewegung finden?*

Mittlerweile bin ich mehr als 35 Jahre in der Friedensbewegung aktiv und habe mich immer für eine Verbindung von antirassistischen Kämpfen mit friedenspolitischen und antimilitaristischen Diskursen und Aktionen eingesetzt. Die Militarisierung der Gesellschaft nach innen und außen, die Aufrüstung der Bundeswehr und die Militarisierung der Europäischen Union sind Grundlage zur Durchsetzung von geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Herrschenden zulasten der Menschen in der EU und den Staaten des globalen Südens. Diesen Entwicklungen müssen wir uns entgegenstellen. Bei der Konferenz „welcome to stay“ vor wenigen Wochen in Leipzig, bei der mehr etwa 800 Aktivist\*innen aus Willkommensinitiativen, migrationspolitischen, antirassistischen und selbstorganisierten Gruppen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, über die Weiterentwicklung ihrer Arbeit diskutiert haben, waren Aktive aus der Friedensbewegung unterrepräsentiert.

*FJ: Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Friedensbewegung?*

Die Friedensbewegung sollte ihre Themen mehr als bisher mit antirassistischen Kämpfen und Diskursen vernetzen. Auch die zunehmende Rechtsentwicklung der Gesellschaft ist integraler Bestandteil der Diskussionen in der Friedensbewegung. Wenn ich mir die Regale in den Bahnhofsbuchhandlungen

anschaue, in denen die Periodika und Zeitschriften der Neuen Rechten und Rechtspopulisten zwischenzeitlich nicht mehr zu übersehen sind, zeigt dies überdeutlich, wie sich rechtspopulistisches Gedankengut im Alltag festgesetzt hat. Zeitschriften wie „Compact“, „eigentlich frei“, „Humanwirtschaft“, „Zuerst“ oder die „Junge Freiheit“ erreichen zwischenzeitlich Auflagen, von denen die Periodika der Friedensbewegung weit entfernt sind.

Wir erleben, dass ein breiter intellektueller Angriff der Rechtspopulisten in vielen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet. Hier wird auch die Friedensbewegung klar Stellung beziehen müssen, wenn wir dieser zunehmenden Rechtsentwicklung Einhalt gebieten wollen. Seit ihrer Gründung hat sich die Friedensbewegung mit den Ursachen von Flucht und Ausbeutung auseinandergesetzt. Auch die Ausgrenzung im Inneren und durch die Außenpolitik der Herrschenden haben in der alltäglichen Arbeit der Friedensbewegung eine wichtige Rolle gespielt. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Aktiven der Friedensbewegung und die antirassistischen Initiativen nicht immer zueinander finden. Dies hat unterschiedliche Ursachen. Wenn es gelingt, diese Ursachen klar zu benennen und Antworten auf die Fragen die beide Bewegungen beschäftigen zu finden, kann es gelingen die Zusammenarbeit zwischen antirassistischer Bewegung und Friedensbewegung mehr als bisher zu intensivieren und zum Engagement in der Friedensbewegung zu ermuntern.

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

## Was ist „Aufstehen gegen Rassismus“?

*Zum Selbstverständnis der Kampagne*

"Aufstehen gegen Rassismus" ist ein bundesweites Bündnis aus verschiedenen Organisationen, Parteien und Verbänden.

Die AfD konnte inzwischen in acht Landtage einziehen – teilweise mit zweistelligen Ergebnissen. Wir finden, das sind acht Landtage zu viel!

Wir wollen diese Entwicklung nicht hinnehmen. Wir wollen mit unserer bundesweiten Initiative erreichen, dass die Landtagswahlen zu einem Weckruf für eine Gegenbewegung gegen die drohende Rechtsentwicklung werden. Unser Ziel ist, eine breite Gegenbewegung in der Gesellschaft anzustoßen.

### *Auszug aus dem Aufruf der Kampagne:*

Unsere Alternative ist Solidarität

Wir werden weiterhin Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Asyl ist Menschenrecht.

Wir wollen verhindern, dass Rassistinnen und Rassisten Raum für ihre Hetze bekommen.

Wir werden uns stark machen für gleiche politische und soziale Rechte für alle Menschen.

Wir werden uns der AfD überall entgegenstellen, ob auf der Straße oder in den Parlamenten. [...]

Dem Verbreiten von Hass setzen wir eine bundesweite antirassistische Aufklärungskampagne entgegen: im Stadtteil, in der Schule, an der Uni, im Betrieb, im Theater, im Konzertsaal – überall!

Wir setzen auf die Aktivität von Vielen. Gemeinsam werden wir klarstellen: Rassismus ist keine Alternative!

*Quelle: <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de>*

## Israelische Politik und Gesellschaft driften nach rechts

von Annette Groth, MdB, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Es sei ein Weckruf für die israelische Gesellschaft, sagte der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin. Damit meinte er eine kürzlich veröffentlichte Umfrage des „Pew Research Centre“. Ihr zufolge wollen 48% der befragten jüdischen Israelis, dass die palästinensischen Araberinnen und Araber ausgewiesen werden. Und fast 80% der Befragten fordern eine bevorzugte Behandlung von Jüdinnen und Juden im israelischen Staat!

Weil solche Umfragen bei uns kaum an die Öffentlichkeit dringen, sind die alarmierenden Ergebnisse den wenigsten bekannt. Neu sind sie allerdings bei weitem nicht: Bereits im Jahr 2004 verlangten 63% der in einer Studie des „Haifa Universitätszentrums zur Erforschung der nationalen Sicherheit“ befragten Israelis, ihre Regierung solle die Araber zur Auswanderung ermutigen. 48% gaben an, in ihren Augen würden Araber in Israel „zu gut“ behandelt.

Foto: T-Shirt mit Aufruf zum gezielten Töten von schwangeren Palästinenserinnen  
Quelle: [https://wikispooks.com/wiki/Israel\\_T-shirt\\_affair](https://wikispooks.com/wiki/Israel_T-shirt_affair)



2012 schrieb der israelische Journalist Gideon Levy über die Ergebnisse einer von DIALOG durchgeführten Umfrage, die meisten Israelis befürworteten ein Apartheidregime: 69% sprachen sich dagegen aus, den 2,5 Millionen Palästinensern das Wahlrecht zuzugestehen, sollte Israel die Westbank annektieren, 74% plädierten für getrennte Straßen für Israelis und Palästinenser. 47% wollten die israelischen Araber zumindest teilweise in die palästinensischen Gebiete transferieren, 59% forderten, dass Juden bei Jobs in Regierungsministerien grundsätzlich arabischstämmigen Anwärtern vorgezogen werden. 49% vertraten die Meinung, Juden sollten besser behandelt werden als Araber, 42% wollten

nicht, dass ihre Kinder gemeinsam mit palästinensischen Kindern zur Schule gehen. Zu guter Letzt bekannten 58% der jüdischen Bevölkerung Israels freimütig, Israel praktiziere gegenüber den Arabern Apartheid. Bei der Mehrheit der Israelis stößt das nicht auf Kritik.

Diese Umfrageergebnisse unter der jüdisch-israelischen Bevölkerung machen deutlich, dass es nicht „nur“ die von den israelischen Regierungen geschaffenen Fakten „on the ground“ sind, also insbesondere die Zerstückelung und Annexion großer Teile palästinensischen Bodens mithilfe von Siedlungen, die eine Zweistaatenlösung immer unwahrscheinlicher werden lassen. Nur noch die Hälfte sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Bevölkerung spricht sich für eine Zweistaatenlösung aus.

Nicht in erster Linie aufgrund mangelnder politischer Alternativen wurde Benjamin Netanjahu zum wiederholten Male zum Premierminister gewählt, und nicht zufällig rückte sein Kabinett mit jedem Mal weiter nach rechts. Viele Kabinettsmitglieder übertreffen den Regierungschef bei weitem an Radikalität und Rassismus gegenüber Palästinensern sowie gegenüber nach Israel Geflüchteten – mehr als einmal haben Mitglieder der Regierung zur „Vernichtung“ der Palästinenser aufgerufen. Die israelische Sport- und Kulturministerin Miri Regev und Parteifreundin Netanjahus bekannte gar, sie sei „stolz, eine Faschistin zu sein“. Dieser Bekundung vorausgegangen war eine Äußerung der damaligen Knesset-Abgeordneten Regev während einer Großdemonstration gegen afrikanische Geflüchtete im Mai 2012. Sie bezeichnete die nach Israel geflohenen Sudanesen als „Krebs in unserem Körper“ – und sorgte damit für eine stundenlange Hetzjagd auf dunkelhäutige Menschen in Tel Aviv. Regev „entschuldigte“ sich im Nachhinein: Sie habe weder Krebspatienten „beleidigen“ wollen, noch sei es ihre Absicht gewesen, Afrikaner mit menschlichen Wesen zu vergleichen. Diese Aussage ist leider keine Einzelmeinung. Eine Umfrage unter jüdischen Israelis förderte sogar zutage, dass 52% der Befragten dem

Statement Regevs, afrikanische Migranten seien ein „Krebs“, zustimmten.

### Radikalisierung von oben

Miri Regev sieht inzwischen ihre Hauptaufgabe darin, kritischen Künstlern Fördermittel zu entziehen und Preise an Musiker zu verleihen, die radikale Siedler unterstützen. Der für Bildung zuständige Minister Naftali Bennett, Vorsitzender der nationalreligiösen Partei HaBajit haJehudi (Jüdisches Heim), die eine Räumung der völkerrechtswidrigen Siedlungen kategorisch ablehnt, verbietet derweil im Bildungsbereich alles, was seinen radikalen Vorstellungen zuwiderläuft.

Die palästinensische Zivilbevölkerung sowie kritische Israelis werden sowohl von höchster politischer Ebene als auch durch sich zunehmend radikalisierende und immer größer werdende Gruppen innerhalb der israelischen Gesellschaft diskriminiert und bedroht.

### Kultur der Straflosigkeit

Bei der palästinensischen Bevölkerung macht sich nicht nur die Überzeugung breit, keine gerechte Behandlung erwarten zu können, sondern auch die Gewissheit, jeder Zukunft beraubt zu werden und zudem der Gefahr körperlicher Übergriffe insbesondere durch Siedler ausgesetzt zu sein. Ermöglicht wird dieser Zustand durch die weitgehende Kultur der Straflosigkeit. Siedler, die Gewaltverbrechen gegen palästinensische Zivilisten begehen, müssen zumeist nicht mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen. Vielmehr können sie häufig nicht nur auf die Ignoranz, sondern sogar auf die Unterstützung durch israelische Sicherheitskräfte zählen.

Ein besonders grausames Beispiel hierfür stellt die Erschießung eines wehrlosen Palästinensers in Hebron im März dieses Jahres dar. Der Vorgang wurde gefilmt und die Aufzeichnung der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem zugespielt. Ein Sturm der Entrüstung blieb aus; dafür wurde der Täter in den sozialen Medien wie ein Held gefeiert. Gegen seine Suspendierung wurde in

mehreren Städten protestiert. In einer von Zehntausenden unterzeichneten, an Premier Netanjahu gerichteten Petition wurde gefordert, dem Täter eine Auszeichnung zu verleihen – denn er habe nur seinen Job getan, und das ganz hervorragend. Eine solche Tat und die zustimmende Reaktion eines großen Teils der israelischen Bevölkerung sind nicht loszulösen von den Aussagen israelischer Politiker wie jener der israelischen Justizministerin Ajelet Shaked während des Gaza-Krieges im Sommer 2014: Alle palästinensischen Frauen sollten getötet werden, forderte sie. Denn sie seien Schlangen, in deren Häusern neue kleine Schlangen heranwüchsen! Infolge des Streits zwischen Premier Netanjahu, der der Familie des Täters von Hebron telefonisch seinen Beistand versprach, und führenden Vertretern der israelischen Armee, deren Ansicht nach die Tat nicht mit den „moralischen Werten“ der israelischen Armee vereinbar war, trat Verteidigungsminister Moshe Yaalon am 20. Mai 2016 zurück. Yaalon, wie Netanjahu Mitglied des Likud und dort als Hardliner bekannt, hatte zuvor seine Offiziere aufgefordert, ihre Meinung zu artikulieren, auch wenn diese der Linie der Regierung zuwiderliefe. Als Grund für seinen Rücktritt gab Yaalon den anwachsenden Extremismus in Israel und innerhalb des Likud an.

Die immer kleiner werdende israelische Friedensbewegung bäumt sich scheinbar erfolglos gegen den zunehmenden Rassismus und die Gewalt auf. Immer häufiger geben israelische Pazifisten an, von radikalen Israelis bedroht und sogar körperlich angegriffen zu werden. Sie fühlen sich durch die israelischen Sicherheitskräfte keinesfalls ausreichend geschützt. Zudem ist eine massive Kampagne seitens der israelischen Regierung im Gange, die sich insbesondere gegen linke NGOs und Menschenrechtsverteidiger richtet: Im Dezember 2015 passierte ein Gesetzentwurf von Justizministerin Shaked das Kabinett, der von NGOs, die über 50% ihrer Finanzen durch Zuwendungen offizieller Stellen im Ausland bestreiten, verlangt, ihre Geldquellen stets öffentlich anzugeben. Auf diese Weise sollen sie als „ausländische Agenten“ abgestempelt werden. Rechte NGOs, die ebenfalls hohe Fördersummen aus dem Ausland erhalten, soll das Gesetz hingegen nicht betreffen, denn ihre Geldgeber sind Privatpersonen.

### Wenig Hoffnung auf Besserung

Insbesondere die von israelischen Soldaten gegründete Organisation Breaking the Silence, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Kriegsverbre-

chen der israelischen Armee aufzudecken, wird in ihrer Arbeit erheblich behindert. Im März wurde ihr vorgeworfen, sie habe versucht, durch eingeschleuste Personen an geheime Informationen zu gelangen. Sie wolle so den israelischen Streitkräften schaden. Breaking the Silence versichert, dies entspreche nicht der Wahrheit, man halte sich bei der Entscheidung, was veröffentlicht werde, an die Vorgaben der Militärzensur (!).

Die massive Schwächung der Friedensbewegung und kritischer NGOs nicht zuletzt durch die israelische Regierung lässt für die Zukunft kaum auf Besserung hoffen. Diese Entwicklung wird durch eine westliche Politik des Tolerierens verstärkt: Weder die Bundesregierung noch die EU treten der Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser und der zumeist aus Afrika Geflohenen in Israel entschieden entgegen. Und statt sich jene, die um Frieden ringen, zu Partnern zu machen, wird das System der militärischen Besatzung seit nunmehr fast fünfzig Jahren in jeder Hinsicht unterstützt – sowohl politisch als auch durch westliche Waffenlieferungen und Technologietransfer.

Der Beitrag ist die stark gekürzte Fassung eines Beitrages für das Nachrichtenmagazin "Hintergrund", das soeben erschienen ist..

## Palästinensische Kinder in israelischen Gefängnissen

Pressemitteilung von Annette Groth vom 17.4.2016  
anlässlich des Tags der palästinensischen Gefangenen

Die israelische Regierung muss endlich aufhören, Palästinenserinnen und Palästinenser aus politischen Gründen zu verhaften und oft für Jahre oder gar Jahrzehnte ins Gefängnis zu sperren.

Die israelische Regierung und die israelischen Sicherheitskräfte verstoßen regelmäßig gegen internationales Recht. Sowohl die von ihnen als Kollektivstrafe angewandte Administrativhaft, als auch die Behandlung der politischen Häftlinge in den israelischen Gefängnissen sind keinesfalls in Einklang mit internationalen Bestimmungen. [...] Körperliche Misshandlung und Folter sind weit verbreitet. Der gerade erst erschienene Bericht „No Way to Treat a Child“ von Defence for Children International behandelt speziell die an palästinensischen Kindern begangenen Verbrechen: Demnach ist Israel das einzige Land, in dem jährlich zwischen 500 und 700 Kindern vor Militärgerichten der Prozess gemacht wird und in dem sich im Durchschnitt 204 Kinder jeden Monat im Gefängnis befinden.

Außerdem hätten Dreiviertel der zwischen 2012 und 2015 inhaftierten Kinder physische Gewalt erlitten, in 97% der Fälle seien weder die Eltern noch ein Anwalt bei den Verhören anwesend gewesen. Noch häufiger als erwachsene Häftlinge machen Kinder unter Isolationshaft, Drohungen oder Folter erzwungene Geständnisse. Israelische Militärgerichte lehnen solche unter Gewalt gemachten, oft falschen Geständnisse in den seltensten Fällen ab. Auch dies ist ein schwerer Bruch internationalen Rechts!

Die internationale Gemeinschaft darf nicht zulassen, dass weiterhin über 7000 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen sitzen, etwa 700 davon in Administrativhaft, also ohne je angeklagt worden zu sein. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich bei ihren israelischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern für die Wahrung der Menschenrechte und für die Einhaltung internationalen Rechts einzusetzen, anstatt der israelischen Regierung und den israelischen Sicherheitsdiensten weiter das Equipment für Unterdrückung und Verfolgung zu liefern!

Quelle: [www.linksfraktion.de/abgeordnete/annette-groth/pressemitteilungen/](http://www.linksfraktion.de/abgeordnete/annette-groth/pressemitteilungen/)

# Die Kriegsgefahr in Europa ist größer geworden

von Albrecht Müller, Herausgeber der Nachdenkseiten



Screenshot aus Videoaufzeichnung der Rede Albrecht Müllers in der Versöhnungskirche in Kaiserslautern am 10.06.2016, Quelle: YouTube / newscan-tv

Kriegstreiberei ist inzwischen hoffähig geworden. Im wahren Sinne des Wortes hoffähig. Der amtierende Bundespräsident Joachim Gauck nutzt das Schloss Bellevue dazu, um Stimmung für Kriegseinsätze zu machen und damit auch Stimmung für das, was von hier aus, von Ramstein aus, an Vernichtung und an völkerrechtswidrigem Mord betrieben wird.

Die Kriegsgefahr ist größer geworden. Das will ich an zehn Punkten, an zehn Risiken für den Frieden, sichtbar machen:

1. Der erste ist die erwähnte Feststellung, dass die Werbung für den militärischen Einsatz, dass Kriegstreiberei wieder hoffähig geworden ist. Der Bundespräsident, mehrere Bundesminister und Diskussionsteilnehmer im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie dem Deutschlandfunk bereiten den Boden. Kriege zu führen wird als selbstverständlicher Teil der Politik betrachtet.

2. Es gibt unter den Menschen geringeren Widerstand gegen Kriege. Das hat viel damit zu tun, dass die meisten heute lebenden Menschen keine unmittelbare Kriegserfahrung mehr haben, nicht mehr haben können. Die Älteren unter Ihnen haben vermutlich Verwandte und Freunde verloren im letzten Krieg oder sie haben Kriegseinsätze unmittelbar erlebt. Ich bin in einem Dorf aufgewachsen, dessen Bahnhof ein Knotenpunkt auf

einer Strecke zu einer V2 Produktion war. Wir waren ständig Angriffen von Jagdbombern ausgesetzt. Es gab Tote. In der Ferne haben wir am Nachthimmel Mannheim, Pforzheim, Heilbronn und Würzburg brennen sehen – auch ich als Sechsjähriger. Das prägt. Die Kriegserfahrung unserer heute Sechsjährigen ist eine ganz andere: eine elektronische beim Spiel, eine spannende, oft eine siegreiche. Das prägt auch.

3. Kriege werden tatsächlich geführt. Die Scheu ist abhandengekommen. Bei Journalisten und Politikern und auch bei Militärs: „Die USA sind bereit, gegen Russland in Europa zu kämpfen und es zu besiegen“, erklärte der Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), US-General Breedlove, in einer Anhörung des US-Repräsentantenhauses im Februar 2016.

4. Die Regime Change-Absichten der USA sind höchst gefährlich, gerade wenn sie wie im Falle der Ukraine ein Land in der Nähe Russlands betreffen, oder Russland selbst.

5. Überall wird an neuen Feindbildern gestrickt. Es wird personalisiert. Putin ist an allem schuld, in Syrien Assad.

6. Und das Volk ist müde geworden. Das ist verständlich. Der skizzierte Betrug an uns und unseren Erwartungen und Leistungen zur Beendigung der Konflikte in Europa hat ja

wohl bei der Mehrheit der Menschen den Eindruck hinterlassen, dass man eh nichts machen kann, dass die Politik von den Oberen bestimmt wird, dass die Rüstungswirtschaft Einfluss auf politische Entscheidungen hat und damit auch auf Kriege.

7. Die USA sind weit weg. Die zitierte Äußerung des Generals der USA lautet ja nicht zufällig: „die USA sind bereit, gegen Russland in Europa zu kämpfen und es zu besiegen“.

Wenn der General angedeutet hätte, dass dieser Krieg auch in den USA selbst geführt werden könnte, wäre er im Ausschuss des Repräsentantenhauses vermutlich nicht freundlich aufgenommen worden.

8. Im heutigen Ost-West-Konflikt gibt es viele verschiedene Akteure und es gibt viele Gelegenheiten und Möglichkeiten, an denen sich Spannungen entzünden können. Die baltischen Staaten, die Ukraine, die Balkanstaaten, die Rüstungswirtschaft bei uns, in den USA, in Großbritannien, irgendwelche rechts konservativ denkenden Funktionäre – sie alle können die Ursache von kleinen und größer werden Konflikten werden.

9. Es gibt russische Minderheiten in mehreren möglichen Konfliktregionen.

10. Es ist nicht auszuschließen, sondern eher wahrscheinlich, dass sich auf mittlere Sicht innerhalb möglicher Kriegsparteien kriegslüsterne oder auch nur kriegsbereite Personen und Gruppen durchsetzen. Das kann in den USA passieren. Das kann in Dänemark, in Polen, in den baltischen Staaten oder sonst wo passieren. Und auch in Russland. So wie wir erfolgreich darauf setzen konnten, dass die Strategie des „Wandel durch Annäherung“ dazu führen könnte und wird, dass sich in Russland, in der Sowjetunion und im Warschauer Pakt Kräfte durchsetzen, die Konflikte friedlich lösen wollen und auf gemeinsame Sicherheit in Europa setzen, so kann

umgekehrt die neue Konfrontation zu inneren Veränderungen in Russland führen, die uns dem heißen Konflikt näher bringen.

Mit der Beschreibung dieser zehn Risiken für den Frieden wollte ich nicht Angst machen. Ich wollte ein realistisches Bild von der veränderten Situation zeichnen. Es gibt so viele verschiedene Spieler in den heutigen Auseinandersetzungen und die Wirklichkeit der Welt ist so stark von militärischen Aktionen geprägt, dass es ganz und gar nicht abwegig ist, die Wahrscheinlichkeit eines großen Krieges für hoch zu halten.

Das ist die Botschaft, die ich ihnen vermitteln wollte. Mehr nicht. Und das sollte auch der Anstoß für Sie sein, sich zu engagieren und bei anderen Menschen dafür zu werben, dass sie sich in einer neuen großen Friedensbewegung zusammenfinden.

Unser Ziel ist klar: wir wollen in Europa gemeinsame Sicherheit. Auch mit Russland. Wir wollen die Zusammenarbeit und nicht die Konfrontation. Wir wollen keine neuen Feinde und keine neuen Feindbilder. Und wir wollen auch nicht, dass von unserem Boden Krieg ausgeht; wir wollen nicht, dass Menschen in anderen Regionen der Welt von hier aus bedroht und getötet werden.

Wenn wir das zusammen mit den USA und anderen westlichen Mächten erreichen, dann ist das prima.

Die USA sind herzlich eingeladen. Auch die Nachbarstaaten Russlands in Osteuropa sind herzlich eingeladen, an dieser friedlichen Zusammenarbeit und am friedlichen Zusammenleben in Europa weiter mitzuwirken. So wie es 1989 und 1990 vereinbart worden ist.

Wenn den USA das nicht möglich ist, dann müssen wir nach Wegen suchen, unsere Beteiligung an Kriegen auf andere Weise zu beenden und wir müssen versuchen, gemeinsame Sicherheit in Europa unter einem begrenzten Teil von Teilnehmern zu organisieren. Das klingt kompliziert. Ich sehe aber nicht, dass wir notfalls eine andere Wahl haben.

Der erste Schritt wäre die Kündigung der Möglichkeit, Einrichtungen

wie in Ramstein für den militärischen Einsatz in anderen Ländern zu nutzen.

Der zweite Schritt wäre die Befreiung aus der US-amerikanischen Vormundschaft. D.h. konkret: Wenn die USA nicht bereit sind, sich auf die Verhandlungen von 1989 und 1990 zu verständigen, wenn sie an einer gemeinsamen Sicherheit in Europa, die den Frieden mit Russland einschließt, nicht interessiert sind, dann sollten wir uns aus dem Bündnis, aus der NATO, zurückziehen und wir sollten vorher versuchen, so viele andere Nationen Europas wie möglich, für diesen Schritt zu gewinnen.

Ein solcher Schritt wendet sich nicht gegen das Volk der USA. Es wendet sich gegen eine bestimmte Politik. Er wendet sich gegen die inzwischen eingerissene Vorstellung, die USA seien das einzige Imperium und sie hätten das Recht und die Pflicht, andere Völker als Vasallen oder Mitstreiter zu betrachten.

Der Wandel des Verhältnisses zu den USA und der Wandel der Notwendigkeiten im Umgang mit den USA

Viele Deutsche sehen in den USA eine Nation und in den dortigen Menschen ein Volk, das uns sehr geholfen hat: mitgeholfen bei der Befreiung von den Nazis, geholfen bei der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Man kann dieses Bild hinterfragen, aber es hat viel Wahres an sich und außerdem empfinden es sehr viele Leute so. Nicht alle.

Viele Deutsche sehen in den USA jene, die uns vor den Sowjets und den Kommunisten geschützt haben. Auch wenn man das anders sehen kann, generell kann man wohl sagen, dass in den fünfziger und sechziger Jahren so etwas wie ein abschreckendes Gleichgewicht der Kräfte bestand. Damals waren wir von den USA geschützt, heute werden wir benutzt.

Heute könnte man und müsste man wohl deutliche Grenzen setzen und zum Beispiel zu sagen wagen:

Bei aller Freundschaft zu US-Amerikanern:

es geht nicht, uns als Nachschubbasen und Ausgangsort militärischer

Aktionen gegenüber anderen Völkern zu benutzen.

Bei aller Freundschaft,

wir wollen nicht weiter der Flugzeugträger und Kommunikationsplatz für Drohneneinsätze der USA sein.

Bei aller Freundschaft,

wir teilen nicht die Vorstellung, die Welt müsse von einem Imperium beherrscht werden, es muss möglich sein und wird möglich sein, dass alle Völker insgesamt friedlich miteinander umgehen.

Bei aller Freundschaft mit Amerika,

wir teilen nicht die Vorstellung, dass sich ein Volk, eine Nation, die Reichtümer eines anderen Landes aneignen kann. Was die USA und ihre Wirtschaft z.B. mit Russland in der Zeit von Präsident Jelzin getrieben haben, ist schlicht unanständig und nicht friedensfördernd.

Die USA sind ein interessantes Land. Die US-Amerikaner sind oft kreativ und menschenfreundlich. Ich habe als junger Mensch in Heidelberg, meiner Heimatstadt, eine Reihe von produktiven kulturellen Erfahrungen mit US-Bürgern gemacht. Im Jazzclub Cave 54, mit dem Amerika-Haus usw.

Es gibt überhaupt keinen Grund, ein schlechtes Verhältnis zu US-Amerikanern zu haben.

Aber es gibt einige Gründe, die die USA als imperiale Macht nicht mehr zu akzeptieren. Weil das gefährlich ist, weil der grundlegende Geist der Beherrschung und der Konfrontation einem friedlichen Zusammenleben der Menschen nicht guttut und im konkreten Fall Europas äußerst gefährlich wird.

Deshalb wird es die Hauptaufgabe der deutschen Politik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sein, uns aus der Vormundschaft der USA zu lösen. Das ist eine Herkulesarbeit.

Unsere Sicherheit in Europa muss auf Zusammenarbeit und nicht auf Konfrontation und nicht auf Abschreckung beruhen.

*Der Text ist ein Auszug aus der Rede, die Albrecht Müller am 10. Juni 2016 bei den Aktionstagen „Stopp Ramstein“ in Kaiserslautern gehalten hat. Die vollständige Fassung ist abgedruckt auf: [www.nachdenkseiten.de/?p=33892](http://www.nachdenkseiten.de/?p=33892)*



## Die Waffen nieder Kooperation statt NATO-Konfrontation Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße. Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen.

Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht

fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen. Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketen-

abwehrschirm - begleitet von verbaler Aufrüstung - an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg. Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats, den Stopp der Rüstungsexporte und die Ächtung von Kampfdrohnen, keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein. Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

### **Pressemitteilung vom 4.7.2016: Friedensbewegung bereitet Demonstration am 8. Oktober in Berlin vor**

Unterschiedliche Initiativen der bundesdeutschen Friedensbewegung verabredeten auf der Aktionskonferenz am Wochenende in Dortmund gemeinsam gegen die aktuellen Kriege und ihre Ausweitung aktiver zu werden und auf die Straße zu gehen.

Die Friedensbündnisse der „Kooperation für den Frieden“, des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ und der „Berliner Friedenskoordination“ einigten sich auf eine gemeinsame Plattform, um am 8. Oktober 2016 unter dem Motto „Die Waffen nieder – Kooperation statt NATO-Konfrontation

– Abrüstung statt Sozialabbau“ in Berlin gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung auf die Straße zu gehen.

Im Aufruf zur Demonstration am 8. Oktober, die als Auftakt für weitere Aktionen der Friedensbewegung im aufziehenden Bundestagswahlkampf verabredet wurde, heißt es: „Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße...“[...]

Die Friedensbewegung wirbt für ihre Aktion um breite Unterstützung von Organisationen, Gewerkschaften und Initiativen, um die Friedensfrage wieder zum zentralen Punkt der politischen Auseinandersetzung in unserem Land zu rücken. [...]

Weitere Infos: [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)